

E 139-NR/XXI. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 9. Juli 2002

betreffend flankierende Maßnahmen gegen Suchtgift am Steuer

Der Bundesminister für Inneres, der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen sowie der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden ersucht,

1. sicherzustellen, dass ausreichend geschulte Straßenaufsichtsorgane zur Verfügung stehen, um suchtgiftbeeinträchtigte Lenker rasch erkennen und dem Arzt vorführen zu können,
2. die Voraussetzungen für eine ausreichende Anzahl und Vorbereitung jener Ärzte, die die vorgeführten Lenker untersuchen sollen, zu schaffen,
3. prüfen zu lassen, inwieweit die derzeitigen Hinweise auf Medikamentenpackungen betreffend mögliche Beeinträchtigungen der Fahrtauglichkeit ausreichen bzw. ob Verbesserungen nötig sind; insbesondere sollten der verschreibende Arzt und der ausgebende Apotheker über die Auswirkungen der Medikamenteneinnahme auf die Fahrtauglichkeit ausreichend informieren sowie
4. in ihrem Zuständigkeitsbereich jeweils entsprechende Beiträge zu leisten, um die Entwicklung von Geräten und Verfahren zu einer Feststellung einer Suchtgiftbeeinträchtigung rasch voranzutreiben.